



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Biberach - öffentlich -

am 22.10.2018

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:50 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Oberbürgermeister Norbert Zeidler

Mitglieder:

Stadträtin Lucia Authaler
Stadträtin Magdalena Bopp
Stadtrat Alfred Braig
Stadtrat Otto Deeng
Stadtrat Rainer Etzinger
Stadträtin Steffi Etzinger
Stadtrat Christoph Funk
Stadträtin Marlene Goeth
Stadträtin Flavia Gutermann
Stadtrat Hubert Hagel
Stadtrat Ralph Heidenreich
Stadtrat Ulrich Heinkele
Stadtrat Walter Herzhauser
Stadträtin Monika Holl
Stadträtin Manuela Hölz
Stadtrat Reinhold Hummler
Stadträtin Elisabeth Jeggle
Stadtrat Werner-Lutz Keil
Stadträtin Gabriele Kübler
Stadtrat Bruno Mader
Stadtrat Dr. Rudolf Metzger
Stadtrat Herbert Pfender
Stadtrat Dr. Heiko Rahm
Stadträtin Petra Romer-Aschenbrenner
Stadtrat Dr. Peter Schmid
Stadtrat Peter Schmogro
Stadträtin Silvia Sonntag
Stadtrat Johannes Walter
Stadtrat Josef Weber
Stadtrat Dr. Manfred Wilhelm

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 22.10.2018

entschuldigt:

Stadtrat Friedrich Kolesch
Stadtrat Dr. Otmar M. Weigele

Protokollführer:

Florian Achberger, Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement

Verwaltung:

Andrea Appel, Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement
Ortsvorsteher Helmuth Aßfalg, Stafflangen
Ortsvorsteher Walter Boscher, Ringschnait
Klaus Buchmann, Kulturamt
Carola Christ, Stadtplanungsamt
Wilfried Erne, Hauptamt
Ortsvorsteher Theo Imhof, Rißegg
Tanja Kloos, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Baubürgermeister Christian Kuhlmann
Margit Leonhardt, Kämmereiamt
Peter Münsch
Kulturdezernent Dr. Jörg Riedlbauer
Ortsvorsteher Alexander Wachter, Mettenberg
Renate Werner, Rechnungsprüfungsamt
Hospitalverwalter Roland Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
1.1.	Bürgerfragestunde - Kindergarten Ringschnait	
1.2.	Bürgerfragestunde - Bauprojekte Magdalinos	
2.	Jugend Aktiv e.V. - Aktualisierung und Erweiterung des Rahmenvertrags und Beantragung von Stellenaufstockungen in den Bereichen Jugendhaus und allgemeiner Vereinszuschuss	2018/147
3.	Zufahrt zum Marktplatz / Antrag der CDU-Fraktion vom 17.11.2017	2018/158 2018/158/1
4.	Satzung über die Gewährung eines Zuschusses zu den Beiträgen an eine Krankheitskostenversicherung für die Beamtinnen und Beamten des Einsatzdienstes der Feuerwehr	2018/152
5.	Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 30.09.2018	2018/199
6.	Bekanntgaben	
6.1.	Bekanntgaben – Vollsperrung Eselsberg	
7.	Verschiedenes	
7.1.	Verschiedenes - Sperrung Eselsberg	
7.2.	Verschiedenes - Teich auf dem Stadtfriedhof	

Die Mitglieder wurden am 17.10.2018 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Ratsinfosystem unter www.ris-biberach.de am 17.10.2018 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1.1. Bürgerfragestunde - Kindergarten Ringschnait

Eine Bürgerin möchte wissen, weshalb der Tagesordnungspunkt zum Kindergarten Ringschnait von der Tagesordnung genommen wurde. Es sei hier wirklich eine schnelle Lösung notwendig.

OB Zeidler erklärt, dass die bisherigen Vorschläge aus Sicht von Verwaltung und Gemeinderat nicht mehrheitsfähig gewesen seien. Das Problem mit dem Kindergarten in Ringschnait sei bekannt und alle Beteiligten arbeiten intensiv an einer Lösung. Kurzfristig müsse man eventuell über eine Containerlösung nachdenken, mittelfristig sei natürlich etwas anderes vorgesehen. In jedem Fall habe der Kindergarten Ringschnait eine hohe Priorität.

Eine Bürgerin äußert ihr Unverständnis darüber, weshalb erst jetzt gehandelt wird. Der Zustand des Kindergartens sei schon lange ein Thema, ohne dass bisher etwas passiert sei.

OB Zeidler erklärt, dass es in Ringschnait erfreulicherweise eine hohe Geburtenrate gebe, die deutlich über der gesamtstädtischen liege.

Ein Bürger berichtet, dass seine Tochter im Mai aus der Kita kommt und bisher keinen Platz in Ringschnait habe. Bis spätestens Mai benötige er hierfür eine Lösung. Seiner Meinung nach sei es gerade der Zweck eines Wohngebiets, dass ein Gemeinwesen wächst und die Menschen Nachwuchs bekommen. Hierüber könne man nicht überrascht sein. Das Wohngebiet in Ringschnait sei vor über zehn Jahren entstanden und noch immer gebe es keine Lösung für den Kindergarten. Er möchte daher wissen, was unter kurz- und mittelfristig zu verstehen sei.

OB Zeidler stellt klar, dass sich die Verwaltung regelmäßig Kennzahlen zur Geburtenentwicklung anschaut. In Mettenberg habe es auch einmal eine hohe Geburtenrate gegeben. Allerdings hätte sich diese dann auch wieder dem Durchschnitt angenähert, weshalb man die Anzahl der Kindergartenplätze wieder zurückgefahren habe. Mit einer solch rückläufigen Entwicklung habe man auch in Ringschnait gerechnet, allerdings sei diese bisher überraschenderweise noch nicht eingetreten. Kurzfristig müsse seiner Meinung nach eine Entlastung mit Containern erfolgen. Dies sei allerdings noch nicht beschlossen. Dann müsse genau gearbeitet und geplant werden um zu einer nachhaltigen Lösung zu kommen. Er bitte um Verständnis dafür, dass er hier keinen genauen Zeitplan vorlegen könne. Zur Situation seiner Tochter könne er nichts sagen, da ihm hierfür die genauen Hintergrundinformationen fehlen.

TOP 1.2. Bürgerfragestunde - Bauprojekte Magdalinos

Herr Magdalinos möchte wissen, ob es für Frau Hoch vom Bauverwaltungsamt Konsequenzen dafür gegeben habe, dass sie seine Baugenehmigung zwei Jahre lang für ungültig erklärt hatte und das Regierungspräsidium dem widersprochen habe. Er habe dieses Thema in der Fragestunde bereits oft angesprochen und hätte nun gerne eine Antwort. Desweiteren habe er eine Frage zur Baupolizei. In der letzten Bürgerfragestunde habe sich OB Zeidler vor seine Mitarbeiter des Bauverwaltungsamts gestellt, aber nun müsse er doch nachhaken. Er möchte wissen, ob ein Mitarbeiter der Baupolizei bei einer nicht angemeldeten Kontrolle dem Bauherrn nicht zumindest erklären müsste, warum die Baupolizei tätig ist. Die Kontrolle bei ihm hätte zudem angemeldet werden müssen, da man sich in einem noch offenen Verfahren befindet. Er möchte wissen, wie OB Zeidler dieses Vorgehen rechtfertige. Bezüglich der Karpfengasse 21 widerspricht er den Aussagen von Baubürgermeister Kuhlmann, wonach er einen Blankoscheck gefordert habe. Es sei lediglich um den möglichen Fund eines Balkens gegangen und um die Frage, ob dann wieder eine Baueinstellung von mehreren Jahren erfolge wie bei der Glockengasse 10. Er wolle keinen Blankoscheck, sondern nur das was ihm von Herrn Winter zugesagt worden sei. Nämlich, dass er für den Fall, dass ein maroder Balken gefunden wird, das Bauamt informiert und der Balken dann eventuell entfernt wird. Seit 2015 ziehe sich diese Sache nun schon. Wenn die Baupolizei so toll sei wie von Herrn Kuhlmann behauptet, dann stelle sich ihm die Frage weshalb immer gegenüber seinen Häusern gegen Recht verstoßen werde. Gegenüber der Karpfengasse 21 werde ohne denkmalrechtliche Genehmigung vollumfänglich gebaut. Zudem habe er mit Erschütterung feststellen müssen, dass in der Glockengasse 16 und beim Alten Postplatz 6, vor allem aber in der Glockengasse 16, einfach Balken und Decken herausgerissen werden, obwohl es sich in beiden Fällen um Baudenkmäler handelt. Zudem werde einfach ein Betonunterzug mit 70 Zentimetern Höhe eingezogen. Hier sei eine Baueinstellung zumindest für eine Woche dringend nötig. Aber Herr Janik vom Bauverwaltungsamt unterstütze es noch, dass dieses Gebäude ohne Baugenehmigung zerstört wird. Und gleichzeitig würden in BIBERACH KOMMUNAL Artikel darüber erscheinen, wie wichtig Baudenkmäler seien. Er bitte darum, hier etwas zu unternehmen.

OB Zeidler erwidert, dass er sich bereits mehrmals zu Frau Hoch geäußert habe und seine Antwort nach wie vor dieselbe sei. Es handele sich um eine Personalangelegenheit und die gehe Herrn Magdalinos überhaupt nichts an. Im Übrigen habe er keinerlei Anlass, an der Rechtmäßigkeit des Vorgehens seiner Mitarbeiter zu zweifeln.

Baubürgermeister Kuhlmann bittet darum, denn Begriff "Untere Baurechtsbehörde" zu verwenden und nicht "Baupolizei". Die Baukontrolle habe die Aufgabe zu prüfen, ob gemäß der erteilten Genehmigung gebaut werde. Die Mitarbeiter seien konkret bei zwei Objekten von Herrn Magdalinos gewesen um zu schauen, ob sich der Sachverhalt so wie von Herrn Magdalinos beschrieben darstelle. Es habe sich um eine ganz normale routinemäßige Aufgabe gehandelt, die nach Landesbauordnung auch vorgesehen sei. Es sei somit die Aufgabe und Pflicht der Verwaltung, dieser nachzukommen. Dabei sei der Baukontrolleur nicht weggelaufen, sondern er habe sogar mit Herrn Magdalinos gesprochen. Zur Karpfengasse 21 habe er Herrn Magdalinos bereits mehrfach mitgeteilt, dass der Balken entfernt werden könne und er hierfür keinen Bauantrag benötige. Er könne auch in die Decke eingreifen. Nur wenn durch die Maßnahme die Statik verändert würde, müsse er die Baurechtsbehörde einschalten. Man könne Herrn Magdalinos nicht vorab garantieren, dass keine Baueinstellung erfolgen werde. Die Verwaltung habe oft erlebt, dass Herr Magdalinos Dinge gemacht hat, die nicht genehmigt waren. Zur Wichtigkeit von Baudenkmalern allge-

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 22.10.2018

mein halte er regelmäßig Vorträge in der Volkshochschule. Herr Magdalinos wisse auch um die vielen Initiativen, die die Verwaltung ergreife um Häuser zu sanieren und zu erhalten. Wenn Herr Magdalinos Hinweise auf Gebäude habe wie die genannten Glockengasse 16 oder Alter Postplatz 6, dann werde die Verwaltung diesen Hinweisen genauso nachgehen wie bei den Bauprojekten von Herrn Magdalinos. Abschließend möchte er klarstellen, dass sich die Verwaltung nicht wie von Herrn Magdalinos oft behauptet in einem Mediationsverfahren mit ihm befinde.

TOP 2. Jugend Aktiv e.V. - Aktualisierung und Erweiterung des Rahmenvertrags und Beantragung von Stellenaufstockungen in den Bereichen Jugendhaus und allgemeiner Vereinszuschuss 2018/147

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2018/147 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Hauptausschuss am 11.10.2018 in nicht öffentlicher Sitzung vorberaten und mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen. Im Jugendparlament wurde das Thema am 17.10.2018 in nicht öffentlicher Sitzung vorberaten und einheitlich zur Beschlussfassung empfohlen.

Amtsleiterin Kloos erläutert die Eckpunkte der Vorlage.

StR Walter erklärt, dass sich die CDU-Fraktion zwar über das Jugendhaus freue, aber bessere Öffnungszeiten erwarte. Es könne eigentlich nicht sein, dass das Jugendhaus an drei Tagen in der Woche geschlossen habe. Auch wünsche er sich dauerhafte Strukturen für die Partizipation der Jugendlichen. Es wäre zudem sinnvoll, sich den Verein Jugend Aktiv in seiner Gesamtheit einmal näher anzuschauen. Er bitte, diesen Wunsch nicht negativ zu interpretieren, der Verein sei über die Jahre einfach sehr stark gewachsen und habe immer weitere Aufgaben übernommen.

StR Dr. Metzger schließt sich der Einschätzung seines Vorredners an. Das Jugendhaus werde sehr gut angenommen und dementsprechend sollte dafür benötigtes Personal auch finanziert werden. Was die Beteiligung von Jugendlichen anbelangt hätte er gerne einige Zahlen, insgesamt sollte der Bericht konkreter gefasst werden.

StR Hummler stimmt zu, dass das Jugendhaus eine hohe Akzeptanz genieße. Dies habe zwar beim Personal seinen Preis, den zu zahlen man aber gerne bereit sei.

StR Dr. Schmid bezeichnet die Jugendarbeit als wichtige Investition und teilt mit, der Vorlage zuzustimmen.

StR Funk erklärt, dass die Ansiedlung der offenen Jugendarbeit bei Jugend Aktiv in Ordnung gehe. Die Schulsozialarbeit gehöre nach Ansicht der FDP-Fraktion aber ins Amt für Bildung-, Betreuung und Sport eingegliedert. Über die Zuständigkeit für die Streetworker müsse man dann mit dem neuen Ersten Bürgermeister diskutieren. Er lehne es ab, zum jetzigen Zeitpunkt Strukturen zu zementieren. Ebenso sei er gegen die Erhöhung der Zuschüsse, da der Verein über hohe Rücklagen verfüge. Diese müssten zunächst einmal abgeschmolzen werden.

StR Heidenreich entgegnet, dass das Problem mit den hohen Rücklagen kein neues sei. Im Übrigen verfüge auch die Stadt Biberach über große Reserven. Kritisch sieht er, dass Jugend Aktiv im Prinzip so konstruiert sei, dass die Jugendlichen keine Initiative mehr zeigen. Er möchte daher anregen, den Weg zurückzugehen zu mehr Selbstorganisation der Jugendlichen.

OB Zeidler kündigt an, dass es zum Thema Jugend Aktiv einen Workshop geben werde.

Sodann stellt OB Zeidler die Ziffern des Beschlussantrags einzeln zur Abstimmung.

Ziffer 1 wird bei 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Ziffer 2 wird bei 2 Nein-Stimmen und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Ziffer 3 wird bei 1 Enthaltung und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Ziffer 4 wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer 5 wird bei 2 Nein-Stimmen und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Ziffer 6 wird einstimmig zugestimmt.

Damit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat stimmt dem aktualisierten Rahmenvertrag, dem aktualisierten Teilvertrag 3 „Mobile Jugendsozialarbeit (Streetwork)“ sowie den neuen Teilverträgen 4 „Betrieb des Abenteuerplatzes Biberburg“ und Teilvertrag 5 „Betrieb des Jugendhauses 9teen“ zu.**
- 2. Der Gemeinderat stimmt der zusätzlichen 50 %-Stelle eines Sozialpädagogen für den Betrieb des Jugendhauses im Rahmen der Offenen Jugendarbeit ab 2019 auf unbestimmte Zeit zu. Der städtische Zuschuss an Jugend Aktiv e.V. erhöht sich dadurch um ca. 31.300 Euro pro Jahr.**
- 3. Der Gemeinderat stimmt der zusätzlichen 12 %-Stelle einer pädagogischen Fachkraft als Urlaubs-, Krankheits- und Wochenendvertretung für den Betrieb des Jugendhauses im Rahmen der Offenen Jugendarbeit ab 2019 auf unbestimmte Zeit zu. Der städtische Zuschuss an Jugend Aktiv e.V. erhöht sich dadurch um ca. 7.400 Euro pro Jahr.**
- 4. Die Mittel für den Betrieb des Jugendhauses werden durch Jugend Aktiv e.V. zu den Haushaltsplanungen angemeldet und mit der Schlussrechnung spitz abgerechnet. Die Mittel werden auf der Haushaltsstelle 1.4602.718000 bereitgestellt.**
- 5. Der Gemeinderat stimmt der Erhöhung des allgemeinen Zuschusses ab 2019 von 66.700 Euro auf 91.700 Euro sowie dem aktualisierten Teilvertrag 1 „Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit“ zu. Die Mittel werden durch Jugend Aktiv e.V. zu den Haushaltsplanungen angemeldet und mit der Schlussrechnung spitz abgerechnet. Die Mittel werden auf der Haushaltsstelle 1.4600.718200 bereitgestellt.**
- 6. Der Gemeinderat stimmt der Gesamtkonzeption zur Offenen Jugendarbeit von Jugend Aktiv e.V. zu.**

TOP 3. Zufahrt zum Marktplatz / Antrag der CDU-Fraktion vom 17.11.2017 2018/158

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Ergänzungsvorlage Drucksache Nr. 2018/158/1 zur Beschlussfassung vor. Ebenfalls liegt die Drucksache Nr. 2018/158 vor, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist. Die Vorberatung und abweichende Beschlussempfehlung der Drucksache Nr. 2018/158 erfolgte im Bauausschuss am 15.10.2018.

OB Zeidler teilt mit, dankbar für das Aufgreifen dieses Themas zu sein. Die Vorberatung sei sehr fruchtvoll gewesen und habe die Vorlage seiner Meinung nach noch besser gemacht. Allerdings hätte man den Fokus noch mehr auf ein Tempo 20 legen können.

Baubürgermeister Kuhlmann führt aus, dass die Verkehrssituation auf dem Marktplatz schwierig sei und viele Verkehrsteilnehmer verunsichere. Bei der Frage der Verkehrsregelung seien viele verschiedene Aspekte zu berücksichtigen, weshalb er die einjährige Erprobung für den richtigen Weg halte.

StR Hagel bezeichnet die Vorlage ein Gemeinschaftswerk des Bauausschusses. Was Geschwindigkeitsbegrenzungen anbelangt, sei Tempo 30 seiner Ansicht nach ausreichend. Große Geschwindigkeitsüberschreitungen seien Einzelfälle und durch ein noch niedrigeres Tempolimit nicht zu verhindern. Positiv zu bewerten sei das Wegfallen der Parkschleife durch das Unterbinden des Rechtsabbiegens von der Karpfengasse in den Holzmarkt.

StR Keil gibt zu bedenken, dass bei all den Diskussionen über den Verkehr auch die Würde des Marktplatzes gewahrt werden müsse. Die historischen Gebäude sollen auch weiterhin zur Geltung kommen und der Marktplatz nicht zu einer reinen Schaubühne für Raser verkommen. Er bittet zudem um getrennte Abstimmung.

StR Heinkele meint, dass bei einer Tempo 20-Zone das Ordnungsamt viel intensiver kontrollieren müsste. Auch möchte er zu bedenken geben, dass in der Schrankenstraße viele Ärzte ihre Praxen hätten und somit auch entsprechend Parkplätze erforderlich seien.

StRin Sonntag erwidert, dass andere Städte auch Tempo 20-Zonen haben und diese konsequent kontrollieren. Einer Umkehrung der Fahrtrichtung in der Schrankenstraße steht sie ablehnend gegenüber, da dadurch nur andere Parkschleifen entstehen würden. Prinzipiell sollte die Zufahrt zum Marktplatz nur von wirklich Bedürftigen genutzt werden. Ziel müsse sein, dass weniger Menschen auf den Marktplatz fahren.

StR Funk erklärt, dass es insgesamt sechs unterschiedliche Zielsetzungen beim Befahren des westlichen Marktplatzes gebe. Damit sei der Marktplatz überfordert. Den Ziffern 1 und 2 könne er zustimmen, Ziffer 3 dagegen nicht. Hier sollte man zuerst die Auswirkungen auf den Holzmarkt abwarten. Im Prinzip sehe er es wie seine Vorrednerin, dass der Marktplatz schwerer erreichbar sein müsste. Um auf dem westlichen Marktplatz die vorgeschriebene Fahrtrichtung stärker zum Ausdruck zu bringen möchte er den **Antrag stellen**, schräge Parklücken anzulegen.

OB Zeidler wirft ein, dass über das schräge Einparken heute nicht entschieden werden könne, dies müsse zunächst geprüft werden. Wahrscheinlich würde dadurch noch der ein oder andere Park-

platz wegfallen und dies müsste dem Gremium vorher mitgeteilt werden. Seiner Ansicht nach sei der Antrag nicht beschlussfähig.

StR Hummler meint, dass ein schräges Einparken in jedem Fall die bessere Lösung sei.

StR Walter **stellt den Antrag**, die Auswirkungen eines schrägen Einparkens zunächst zu überprüfen.

StR Funk teilt mit, bei seinem Antrag bleiben zu wollen. Er sei auch bereit, dafür zwei Stellplätze in Kauf zu nehmen. Durch das Drehen der Schrankenstraße würden mehr Parkplätze verloren gehen.

OB Zeidler fasst zusammen, dass es damit drei zusätzliche Beschlussziffern gebe. Die ersten drei Ziffern lägen bereits vor, die anderen Ziffern würden wie folgt lauten.

Ziffer 4: "Auf dem Marktplatz und dem Holzmarkt wird die Geschwindigkeit als verkehrsberuhigter Geschäftsbereich auf 20 km/h reduziert."

Ziffer 5: "Auf dem westlichen Marktplatz werden schräge Parklücken angelegt."

Ziffer 6: "Die Verwaltung prüft, ob auf dem westlichen Marktplatz schräge Parklücken angelegt werden."

Sodann stellt OB Zeidler die Ziffern einzeln zur Abstimmung.

Den Ziffern 1 und 2 wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer 3 wird bei 19 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen zugestimmt.

Ziffer 4 wird bei 13 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Ziffer 5 wird bei 10 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Ziffer 6 wird einstimmig zugestimmt.

Damit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Der Einbahnstraßenverkehr vom Marktplatz bis zum Holzmarkt wird provisorisch für sechs Monate eingerichtet.**
- 2. Während dieser Zeit sind erneut Verkehrszählungen, eine Unfallanalyse und Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen.**
- 3. Die Geschwindigkeit auf dem Marktplatz und Holzmarkt inklusive der Zufahrt Consulentengasse wird als Zone „verkehrsberuhigter Geschäftsbereich“ auf 20 km/h festgesetzt.**
- 4. Die Verwaltung prüft, ob auf dem westlichen Marktplatz schräge Parklücken angelegt werden.**

**TOP 4. Satzung über die Gewährung eines Zuschusses zu den Beiträgen 2018/152
an eine Krankheitskostenversicherung für die Beamtinnen und
Beamten des Einsatzdienstes der Feuerwehr**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2018/152 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 11.10.2018.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Satzungsentwurf wird zugestimmt. Die Verwaltung wird ermächtigt die Satzung rückwirkend zum 1.1.2018 zu erlassen.

**TOP 5. Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 2018/199
30.09.2018**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2018/199 zur Kenntnisnahme vor.

EBM Wersch führt aus, dass der Bericht Anlass zur Freude und Gelassenheit gebe. Die Konjunktur boome und man rechne in diesem Jahr mit Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 126,5 Millionen Euro, wobei hierin allerdings auch Nachzahlungen aus den Vorjahren enthalten seien. Bis 2021 seien jährliche Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 115 Millionen Euro als sicher anzusehen. Positiv zu bewerten seien die städtischen Anlagen, bei den noch Zinsen erwirtschaftet werden. Angesichts der derzeit hohen Preise sei allerdings ein geringeres Maßnahmentempo wirtschaftlich sinnvoll.

StR Funk möchte wissen, wann endlich der Solidaritätszuschlag abgeschafft werde. Mit dem Verschieben von Investitionen könne es nicht so weitergehen, die Unterhaltung der städtischen Gebäude sei absolut zwingend.

StR Heidenreich möchte wissen, weshalb die Anlage 2 nicht öffentlich sei.

EBM Wersch erklärt, dass darin die Geldanlagen der Stadt beschrieben seien. Diese dürften nicht öffentlich sein und die Stadt wolle auch nicht, dass dies öffentlich werde.

StR Mader kritisiert, dass die Stadt bei der Gebäudeunterhaltung hinterherhinke. Zudem würde ihn interessieren, was bei langzeitkranken städtischen Mitarbeitern getan werden könne.

EBM Wersch erinnert daran, dass genau hierüber erst vor kurzer Zeit diskutiert wurde. Die Krankheitsquote bei der Stadt sei insgesamt eher niedrig. Was die Gebäudeunterhaltung anbelangt müsse es auch die Firmen geben, die entsprechende Aufträge abwickeln können.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 6.1. Bekanntgaben – Vollsperrung Eselsberg

Baubürgermeister Kuhlmann berichtet, dass die Vollsperrung des Eselsbergs aufgrund von Problemen mit einer Gasleitung um eine Woche verlängert werden müsse.

TOP 7.1. Verschiedenes - Sperrung Eselsberg

StR Dr. Wilhelm teilt mit, dass die Schüler aufgrund der gesperrten Unterführung Umwege laufen müssten und der Verkehr hierdurch zum Erliegen komme. Er möchte wissen, ob nicht eine provisorische Unterführung angelegt werden könnte.

Baubürgermeister Kuhlmann verneint dies, eine provisorische Unterführung sei nicht möglich. Es werde aber derzeit nach einer Alternative gesucht.

TOP 7.2. Verschiedenes - Teich auf dem Stadtfriedhof

StR Keil teilt mit, dass der Teich auf dem Stadtfriedhof wieder sehr schlecht aussehe, obwohl er erst saniert worden sei. Dies werfe die Frage auf, ob der Teich überhaupt eine Zukunft habe.

Baubürgermeister Kuhlmann sagt zu, Informationen hierzu nachzuliefern.

Gemeinderat, 22.10.2018, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Zeidler
Stadtrat:	Hagel
Stadtrat:	Keil
Schriftführer:	Achberger
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann